

# Erdkabel sollen geprüft werden

Wegen wachsender Proteste wollen die Bundesbehörden für neue **Hochspannungsleitungen** Varianten ausarbeiten lassen

*Elektrizitätsunternehmen, die grosse Strommasten aufstellen wollen, sollen künftig immer auch eine Erdverlegung in Betracht ziehen. Dies will das Bundesamt für Energie. Wie sich die weit höheren Kosten gegen den Landschaftsschutz abwägen lassen, bleibt aber letztlich eine politische Frage.*

CHRISTIAN VON BURG

Der Stromverbrauch in der Schweiz nimmt stetig zu und der Stromtransport durch die Schweiz ebenso. Um einen grossen Stromausfall wie im Netz der SBB im Jahr 2005 oder in Italien im Jahr 2003 zu verhindern, ist die Stromwirtschaft auf neue und leistungsstärkere Leitungen angewiesen. An etwa 40 Orten in der Schweiz soll das Netz in den kommenden Jahren und Jahrzehnten ausgebaut werden. Viele dieser Projekte sind stark umstritten (siehe Box). Insbesondere die Höchstspannungsleitungen von bis zu 380

Kilovolt benötigen als Freileitung Masten, die mit bis zu 90 Metern Höhe fast so hoch sind wie das Berner Münster.

Die Gegner der Freileitungen fordern vielfach eine Verlegung der Hochspannungsleitungen in den Boden. Aus Kostengründen haben sich die Stromunternehmen bisher immer dagegen gewehrt. Um die Diskussion zu versachlichen, hat das Bundesamt für Energie (BFE) nun einen Beurteilungskatalog erstellt, der die Argumente für oder gegen eine Erdverlegung gewichtet. Künftig sollen die Stromproduzenten dazu verpflichtet werden, schon zu Beginn ihrer Projekte auch eine Variante mit zumindest teilweiser Erdverlegung vorzuweisen. Anhand eines ausgeklügelten Beurteilungsschemas prüft dann das BFE, wie sich die Varianten in Sachen Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und kommunale Interessen unterscheiden. Wenn viel für eine Erdverlegung spricht, müssen die Leitungsbauer mit einer genaueren Planung auch die Kosten für eine Erdverlegung berechnen. In der entscheidenden

Frage, wie dann die erhöhten Kosten gegen Landschaftsschutz, Schäden für den Tourismus, und Naturschutz abgewogen werden sollen, konnte aber auch das BFE keinen Berechnungsschlüssel präsentieren. Letztlich handle es sich dabei um eine politische Frage, schreibt die Behörde.

Die grossen Stromproduzenten wie BKW, Alpiq und Axpo wollten sich vor Ablauf der Anhörungsfrist noch nicht detailliert äussern zum Vorschlag des BFE. Sie erhoffen sich

allerdings, dass die Bewilligungsprozedur für neue Leitungen mit dem vorgeschlagenen Verfahren künftig kürzer wird.

## «Hoffnungsvoller Ansatz»

Die Gegner neuer Freileitungen sehen den Vorschlag des BFE als «hoffnungsvollen Ansatz», wie die Könizer SP-Gemeinderätin Katrin Sedlmayer erklärt. Als Vizepräsidentin der Interessengemeinschaft «Hochspannung unter den Boden» erwartet sie fundiertere Vergleichs-

zahlen von den Stromproduzenten. Seit im letzten November Berner Forscher beunruhigende Zusammenhänge zwischen Alzheimererkrankungen und Elektrosmog publik machten, ist die betroffene Bevölkerung zusätzlich beunruhigt: Wer 15 Jahre in unmittelbarer Nähe einer Hochspannungsleitung lebt, hat ein doppelt so hohes Risiko an Alzheimer oder Demenz zu erkranken. Viele Betroffene fürchten nun um ihre Gesundheit und um den Wert ihrer Liegenschaften.

Doch auch die Erdverlegung der Kabel ist nicht ohne Tücken: Je nach Topografie ist sie sehr aufwendig. Weil die Leitungen im Falle einer Panne zugänglich sein müssen, macht es Sinn, unterirdische Leitungen entlang von Strassen zu führen. Wegen der Abwärme müssen sie zudem belüftet werden. Der Elektrosmog wird unterirdisch weniger breit gestreut, ist direkt oberhalb der Leitung aber ebenfalls sehr hoch. Je nach Topografie rechnen die Experten bei Höchstspannungsleitungen von 380 Kilovolt mit sieben- bis zwölfmal höheren Kosten für Erdleitungen.

## Widerstand wächst

Wo Hochspannungsleitungen gebaut werden sollen, wächst zunehmend Widerstand: Elf umstrittene Projekte liegen zurzeit zur Beurteilung beim Bundesamt für Energie, drei vor dem Bundesverwaltungsgericht. In sechs Kantonen fordern Politiker unabhängige Machbarkeitsstudien für die Erdverlegung der Leitungen. Heute reicht der Ver-

ein «Hochspannung unter den Boden» in Bern drei Petitionen ein. Besonders umstritten sind die Leitungen von Mühleberg bis Wattenwil im Kanton Bern, die Leitungen durchs Wallis von Chamoson bis Ulrichen, die Leitungen entlang dem Neuenburgersee von Galmiz bis Yverdon und die Leitungen im aargauischen Reusstal. (cvb)

Der Bund 24.4.09